

# zeitung gegen den krieg

Nr. 56 Frühjahr 2024

## Gewerkschaften und Friedensbewegung – eine lebendige Partnerschaft

Hans-Jürgen Urban

Zu den Ostermärschen 2024 rufen bundesweit auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auf. Dies geschieht ungeachtet der jüngst eskalierenden Rüstungshoheit, die sich seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine Bahn gebrochen hat. Den Aufrüstungsfantasien, die sich in nahezu allen

war und bleibt das verbindende Element zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung. Es geht um einen Frieden, der durch die Beseitigung von Armut, die Garantie sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Solidarität erst die Grundlage für stabile demokratische Verhältnisse liefert. Nur auf dieser Basis kann Demokratie sich entwickeln und können



politischen Lagern ausbreiten, scheinen keine Grenzen gesetzt.

Dabei ist das Bündnis zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften nicht neu. Die Gewerkschaften waren seit den Anfängen der Friedensbewegung nach 1945 für Entspannungspolitik und Abrüstung auf der Straße. Unter der Führung des Ersten Vorsitzenden Otto Brenner beteiligte sich die IG Metall 1958 an der „Kampf dem Atomtod“ Kampagne, 1966 beschloss der DGB-Bundeskongress auf Antrag der IG Metall, den Antikriegstag in der Gewerkschaftsbewegung fest zu verankern. Ende der 1970er und Anfang der 1980er verstärkten die DGB-Gewerkschaften vor dem Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses und der zunehmenden Blockkonfrontation ihre friedenspolitischen Aktivitäten.

„Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung“, so formuliert es der DGB in seinem Appell „Frieden durch Abrüstung“ von 1981. Alles andere sei mit dem antimilitaristischen und internationalistischen Selbstverständnis sowie der Historie der organisierten Arbeiterbewegung nicht vereinbar. Oder, wie es Heinz Oskar Vetter, der damalige DGB-Vorsitzende im Jahr 1979 sagte: „Daß wir als Gewerkschafter gegen den Krieg, gegen jeden Krieg sind, ist doch selbstverständlich. Unsere Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen mit Kriegstreibern und Mördern entstanden.“

Die Vorstellung eines gerechten Friedens

Menschen weltweit selbstbestimmt, frei und solidarisch miteinander leben.

Diese Vorstellung eines gerechten Friedens scheint angesichts des nun zwei Jahre andauernden Krieges in Europa in weite Ferne gerückt. In der zunehmend propagandistischen Diskussion wird der militärische Sieg zum Synonym für Frieden. Und ein solcher Sieg soll durch die Lieferung immer stärkerer Waffen und die Forcierung der dafür notwendigen Aufrüstung erreicht werden.

Doch dabei handelt es sich um eine fatale Fehlerorientierung, die – je länger sie anhält, umso größeren Schaden anrichtet. Das Recht auf Selbstverteidigung, auch bewaffnete, muss keineswegs in Abrede gestellt werden. Auch nicht für die Ukraine. Aber zum einen ist kaum nachzuvollziehen, wie eine Atommacht wie Russland militärisch in die Knie gezwungen werden soll. Militärexperten und hoch dekorierte Generäle zweifeln jedenfalls daran, dass eine alternativlose Sieg-Frieden-Strategie eine sinnvolle Orientierung darstellt.

Aber das unhinvermeidbare Primat des Militärischen kann auch aus einem weiteren Grund nicht überzeugen. Es ist zu befürchten, dass der, durch den Aggressor Putin ausgelöste, Ukraine-Krieg für eine neue Ära globaler Konflikte steht. Nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus ist das Weltsystem dabei, sich neu zu strukturieren. Die bipolare Welt

ist multipolar geworden. In dieser Welt kämpfen mächtige Staaten und Bündnisse darum, ihre wirtschaftlichen und politischen Einflussphären neu zu definieren, wenn möglich auszudehnen, auf jeden Fall abzugrenzen. Zu diesen Mächten gehören die alle Supermacht USA, die aufsteigende Großmacht China und die Atommacht Russland. Auch aufstrebende Staaten wie Brasilien, Indien und Südafrika sind im Spiel.

Diese Neuaufteilung der Einflusssphären verläuft keineswegs friedlich. Auch die Nato unter Federführung der USA mischt mit. Die schrittweise, aber offensive Ostausdehnung der Nato bis an die Grenzen Russlands war Teil dieses gefährlichen Spiels. Auch wenn sich die russische Aggression gegen die Ukraine ohne den zunehmenden großräumigen Imperialismus nicht erklären lässt, die offensive Ausweitung der Einflusssphäre der Nato war auch nicht gerade ein Werk von Friedens- und Entspannungspolitik.

Aber Entspannungspolitik ist das, was die neue globale Ordnung braucht. Die Neuaufteilung der Welt wird weiter zu Konflikten führen. Sollen militärische Sieg-Strategien wirklich zum Goldstandard werden? Sollen sie politische Konfliktlösungsmechanismen verdrängen? Die penetrante Militarisierung der politischen Debatten, die Bereitstellung von riesigen Milliarden-Summen für Aufrüstung und die Versuche, wachsende und anti-militaristische Rufe für naiv zu erklären und der Lächerlichkeit preiszugeben, lassen nichts Gutes erwarten.

Das gilt auch für die irrwitzige Debatte über eine angeblich notwendige atomare Bewaffnung der Europäischen Union oder gar Deutschlands. Dass ein gerechter Friede mit einem neuen atomaren Wettrüsten in weite Ferne rückt, ist offensichtlich. Auch heute schon und ohne neue Atomwaffen zielt der Sozialstaat gegenüber dem Rüstungsstaat den Kürzeren. Kindergrundsicherung, Energiegeld oder Inflationsausgleiche für Sozialaleinikommen und Niedriglöhne leiden unter der ideologischen Schuldenbremse, aber die Bereitstellung von Mitteln fürs Militär bricht alle Tabus.

Kein Zweifel, die neue Weltordnung ist intrinsisch und schwer zu durchblicken. Auch wir, die Friedensfreundinnen in Deutschland und Europa, sollten uns vor einfachen Antworten auf komplexe Probleme hüten. Aber eines liegt auf der Hand. Mit einem neuen konventionellen oder atomaren Rüstungswettlauf, der für Kriegserregt verhängt, was für einen gerechten Frieden gebraucht wird, ist der Friede im 21. Jahrhundert nicht zu sichern. Und für diesen Frieden gilt es auch heute zu streiten und zu demonstrieren. Gewerkschafterinnen und Ostermarschiererinnen Hand in Hand.

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmittglied der IG Metall

Aufruf des DGB zu den Ostermärschen 2024 siehe <https://www.dgb.de/frieden-ueber-die-ukraine>

Wolfgang Gehrcke	Geschichte der Ostermärsche	Seite 2
Helga Schwitzer	Hochrüstung und Sozialabbau	Seite 3
Daniela Dahn	Millionen gegen Rechts	Seite 4
Peter Wahl	EU: Kriegstreiber und Scharfmacher	Seite 6
Willi van Ooyen	Gegen Kriegshysterie	Seite 7
Kate Hudson	Proteste gegen den Gazakrieg in UK	Seite 8

### Frieden braucht Bewegung

Reiner Braun

Wir haben es gewagt und der Erfolg hat uns Recht gegeben. Die mehr als 20.000 Demonstrant:innen bei der bundesweiten Friedensdemonstration am 25.11. haben es deutlich gezeigt. Mobilisierung ist möglich, wenn (fast) alle an einem Strang ziehen. Sicherlich war die bundesweite Demonstration noch nicht der Aufbruch, die Massenmobilisierung für den Frieden, die angesichts der Kriegspolitik der Herrschenden notwendig wäre, aber sie war ein Schritt zu mehr Gemeinsamkeit in einer bundesweiten Aktion. Die Demonstration war ein unersetzbares Zeichen, eine Mut machende und Kraft spendende Aktion, ein Beispiel für Solidarität und internationalen Friedensengagement.

Angesichts der Dimension der Gefahren müssen und wollen wir diesen steinigen und dornigen Weg der Mobilisierung weitergehen! Mit weiteren Bündnispartnern vor allem aus Gewerkschaften und Kirchen, mit Kriegsgegnern aus Parteien und Antikriegsparteien, mit neuen Kräften, die zur Friedensbewegung gestoßen sind, z.B. aus der Grundrechtbewegung mit einer intensiven Zusammenarbeit mit linken und gesellschaftskritischen Kräften, mit einer stärkeren Orientierung auf junge Menschen (auch mehr Social Media), ja auch mit einer Öffnung zu wertkonservativen Friedenspositionen.

Ein hoher Anspruch und eine gewaltige Herausforderung. Aber wann, wenn nicht jetzt, da der Frieden in der Welt bedroht ist wie nie zuvor nach 1945, müssen wir uns als Friedensbewegung dieser Herausforderung stellen? Aufgaben ist keine Option. Wehren wir uns gegen Kriegspolitik, mediale Kriegshysterie und eine immer hemmungslosere Kriegpropaganda: mutig, aktiv, gemeinsam – mit einer klaren Antikriegsposition. Wir sehen uns wieder bei der nächsten bundesweiten Friedensdemonstration 2024.

### Keine NATO-Bodentruppen in die Ukraine

Die Ankündigung, Bodentruppen aus NATO-Staaten in die Ukraine zu entsenden, bedeutet eine unakzeptable Ausweitung des Ukrainekrieges bis hin zu der Gefahr eines Atomkrieges. Auch Deutschland wäre endgültig Kriegspartei. Gegen eine unvorhersehbare Ausweitung des Tötens sind Diplomatie und Verhandlungen die einzige friedensschaffende Alternative.

### Editorial

Mit dieser Ausgabe haben wir ein außerordentlich vielfältiges Spektrum an Einzelbeiträgen aus der Friedensbewegung und den Gewerkschaften zusammengestellt. In dieser friedensorientierten Pluralität sehen wir eine große Errungenschaft und auch ein Markenzeichen der „Zeitung gegen den Krieg“. Sie soll auch anregen zur solidarisches Diskussion. Diese Vielfalt ist notwendiger denn je, um mehr Menschen zu gewinnen, die ihre Stimme gegen die drohende globale Kriegesfährde erheben. Reiner Braun und Karl-Heinz Peil